



Mittelamerika braucht internationale Unterstützung, Gewalt gegen Migranten muss beendet werden

Pressemitteilung von Heike Hänsel, 19. Januar 2021

„Die Gewalt durch Militär und Polizei in Guatemala gegen tausende Migrantinnen und Migranten aus Honduras muss umgehend beendet werden. Damit Migrantinnen und Migranten sich gar nicht erst auf den Weg machen, müssen Bundesregierung und EU ihre finanzielle Unterstützung der Region nach den beiden verheerenden Wirbelstürmen vom vergangenen November deutlich erhöhen. Dabei starben über 200 Menschen, über vier Millionen Menschen waren betroffen. Immer noch fehlt es am Nötigsten - beispielsweise Lebensmitteln“, betont Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende der Deutsch-mittelamerikanischen Parlamentariergruppe. Hänsel weiter:

„Fatal ist, dass die bis November im Jahr 2020 durch Deutschland für ganz Mittelamerika erfolgte finanzielle Unterstützung für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gerade mal bei 6,3 Millionen Euro liegt. Die Summen für die

Entwicklungszusammenarbeit müssen also dringend aufgestockt werden. Doch stattdessen plant das Entwicklungsministerium, die bilaterale Zusammenarbeit mit vielen Ländern sogar einzustellen, darunter auch Guatemala. Das ist völlig kontraproduktiv.

Mittelamerika ist eine der Regionen, die am meisten von den Auswirkungen der Klimazerstörung betroffen sind, deshalb stehen die Bundesregierung und die EU in der Verantwortung, die Menschen vor Ort konkret zu unterstützen, damit sie nicht gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Darüber hinaus nimmt die Gewalt gegen die politische Opposition, soziale Bewegungen und Umweltaktivisten in Honduras seit dem auch von Deutschland nicht verurteilten Putsch im Jahr 2009 immer weiter zu. Auch die Korruption im Land und innerhalb der Regierung trägt ihren Teil dazu bei, dass die Armut weiter steigt. Die extrem hohe Gewalt von Jugendbanden und Drogenmafia ist auch Ausdruck dieser sozialen und staatlichen Erosion des Landes. Selbst gegen Präsident Hernández wird in den USA wegen enger Verbindung zu Drogenkartellen ermittelt.

Die Bundesregierung und die EU sind gefordert, eine neue Mittelamerika-Politik zu entwickeln, die Fluchtursachen bekämpft und die konkret die Bevölkerung in den Ländern unterstützt."